

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.3.1928 (No. 57)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gefertigt von
E. K. u. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Götter frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den unteren Rasterzeilen, bei der Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschreibblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Sächsische Gesandtschaft

Der neuernannte sächsische Gesandte Dr. Erich Gottschalk in München hat sein Beglaubigungsschreiben dem Herrn Staatspräsidenten am 6. d. M. persönlich überreicht.

Abhaltung der zweiten juristischen Prüfung im Frühjahr 1928

Der Beginn der zweiten juristischen Prüfung in diesem Frühjahr ist auf den 25. April d. J. festgesetzt worden. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats März in der vorgeschriebenen Form beim Justizministerium einzureichen.

Die Genfer Ratstagung

Die Dienstagung des Völkerbundsrates

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates dauerte am Dienstag bis 1 Uhr. Die ersten drei Punkte, die sich auf wirtschaftliche Fragen bezogen, wurden fast ohne Aussprache erledigt. Dabei wurden u. a. zwei von Reichsaussenminister Dr. Stresemann erstattete Berichte über die Tätigkeit des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes und über die Einberufung des im Dezember v. J. eingesetzten begutachtenden Wirtschaftsrates zu seiner Tagung, die am 14. Mai beginnen soll, angenommen. Zu einer längeren Aussprache kam es bei der Beratung eines von dem italienischen Ratmitglied Scialoja erstatteten Berichtes über den Stand der Ratifizierungen der unter den Aufspizien des Völkerbundes abgeschlossenen Staatenabkommen. Chamberlain betonte die dringende Notwendigkeit, zunächst die bereits vorhandenen Abkommen in Kraft zu setzen, statt ihre ohnehin hohe Zahl immer mehr zu steigern. Dr. Stresemann regte an, daß der Rat von Zeit zu Zeit sich grundsätzlich mit den Fortschritten des Ratifizierungsstandes befaßt. Dann beschloß der Rat, den von dem Ratspräsidenten ausgearbeiteten Bericht über den Bau des Völkerbundsparlamentes in seinen Grundzügen zu genehmigen, aber gleichzeitig über die Frage der endgültigen Gestaltung des Versammlungssaales und der Fassade einen Ergänzungsbericht für seine nächste Tagung einzufordern. Damit wird der gemeinsame Plan des Pariser Architekten Menot, des Erbauers der Sorbonne, und seines Schülers, des Genfer Architekten Hagenheimer, allerdings unter einer Reihe von Änderungen zur Ausführung bestimmt.

Der Zwischenfall von Genf

Dienstag nachmittag besprachen die Vertreter der fünf Großmächte in Genf die ungarische Angelegenheit. Über das Ergebnis wird mitgeteilt, daß nicht mehr an die Einleitung eines feierlichen Untersuchungsverfahrens unter Anwendung der Ratsbeschlüsse über das Untersuchungsprotokoll vom Dezember 1924 und Dezember 1926 gedacht wird. Bei den Besprechungen war allgemein der Wunsch maßgebend, von der in letzter Zeit teilweise in Erscheinung getretenen Übertreibung der Bedeutung der Angelegenheit abzurücken. Von der Einsetzung eines Dreierkomitees, die in schwierigen Fällen bereits zur Tradition geworden ist, verspricht man sich auch in diesem Falle eine günstige Lösung der ganzen Angelegenheit. „Echo de Paris“ hält es für möglich, daß die Militärattachees der im Völkerbund vertretenen Mächte in Budapest mit gewissen sofortigen Nachforschungen beauftragt werden würden, um aufklärende Vorarbeit für das Dreierkomitee zu leisten.

Verstärkung der Befugnisse des Völkerbundssekretariats

W. W. Paris, 7. März. (Tel.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Genf will berichten können, daß Briand den Vorschlag machen werde, die Befugnisse des Völkerbundssekretariats für die Zeit zwischen den einzelnen Sessionen zu verstärken.

Nach den polnischen Wahlen

W. W. Warschau, 7. März. (Tel.) Der neu gewählte polnische Landtag wird den Bestimmungen der polnischen Verfassung gemäß Dienstag, den 20. März, zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Im sozialdemokratischen „Robotnik“ schreibt der bekannte Wg. Redaktionschef über das Wahlergebnis: „Wir wundern uns, wenn die Regierungsblätter den „großen Sieg“ und den „Triumph“ der Regierungsliste verkünden, doch die brutale Wahrheit muß gesagt werden. Denn, wenn nämlich der Regierungsbund seine 140 Mandate im normalen Wahlkampf gewonnen hätte, so wäre dieser Erfolg sicherlich imponierend, aber die Sache verlief anders. Ein unparteiisches Urteil der Geschichte muß von dieser Ziffer 140 alles abrechnen, was für den Regierungsbund durch die Tätigkeit der Wojwoden und Starosten, sowie Polizei durch Druck auf die Dorfschulzen und Beamten, durch die Anwendung von ungeheuren Geldmitteln und vor allem durch Repressivmaßnahmen gegen die anderen Listen gewonnen wurde. Wir lassen hier noch die Ostmarken beiseite. Wir werden besonders über die dortigen Prozeduren schreiben, mit denen sich das Oberste Gericht zu befassen haben wird.“

Das Wilschblättchen „Glos Prawdy“ verlangt, daß Korfaun, der als Abgeordneter gewählt wurde, den neuen Sejm nicht betreten dürfe. Wenn er auch auf das Mandat jetzt nicht verzichte, so müsse man es ihm wegnehmen, wenn nicht formal, so doch via facti. Es sei dies ganz gleichgültig wie, in Überredung oder mit Gewalt.

Letzte Nachrichten

Zur politischen Lage

M. Berlin, 7. März. (Priv.-Tel.) Die politische Lage im Reich hat sich zweifellos durch die gestrige Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius zur Handelspolitik verbessert, da durch sie der an sich schon bestehende Gegensatz bezüglich der Auffassung der Wirtschaftspolitik zwischen den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei sehr stark unterstrichen wurde. Die Deutsche Volkspartei wendet sich auch gegen die neuen Beamtenstellen, über die sich Zentrum und Deutsche Nationalen schon im wesentlichen geeinigt hatten. Sollte dieser Widerstand bestehen bleiben, so ist mit der Verabschiedung der Vorlage nicht mehr zu rechnen. Es verlaute dabei, daß auch innerhalb des Finanzministeriums selbst eine ähnliche Auffassung gegen die sofortige Befetzung der neuen Beamtenstellen im Gegensatz zu der Meinung Dr. Köhlers besteht.

Der Reichskanzler empfing heute vormittag die Führer der Regierungsparteien, um sie über die Phönix-affäre zu unterrichten. Wie verlautet, bestehen gewisse Gegensätze über die Veröffentlichung der Denkschrift, die der Reichsfinanzminister Sämisch zusammengestellt hat. Namentlich heißt es, daß der neue Reichswehrminister Dr. Gröner sehr stark auf die Veröffentlichung drängt, um sein Ressort von dieser Angelegenheit zu befreien, während der Sparminister Sämisch der Ansicht ist, daß seine Denkschrift ursprünglich ausschließlich für den Reichskanzler zusammengestellt war und daher unbedingt vertraulich behandelt werden müsse.

Der Abschied des Königs von Afghanistan

M. Berlin, 7. März. (Priv.-Tel.) König Amanullah empfing heute vor seiner Abreise in dem ihm zur Verfügung gestellten Palais die Vertreter der deutschen und ausländischen Presse. Dabei hielt er eine Ansprache, die von seiner Umgebung verbolkslichtet wurde. Er hat die Journalisten, Dolmetscher seiner außerordentlich großen Dankbarkeit für den freundlichen Empfang zu sein, den er in Deutschland gefunden habe. Er werde dies nie vergessen. Sein Besuch habe die an sich schon sehr guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland noch weiter befestigt, und er hoffe, daß sie sich in Zukunft noch herzlicher gestalten werden. — Der König wird heute nachmittag nach Verabschiedung vom Reichspräsidenten Berlin verlassen. Er begibt sich zunächst nach Essen, wo Besichtigungen stattfinden. Dann fährt er über Paris nach England.

Die Währungsstabilisierung in Portugal, Bulgarien und Spanien

M. Berlin, 7. März. (Priv.-Tel.) Die Finanzkommission des Völkerbunds erklärte — wie aus Genf gemeldet wird —, daß demnächst die portugiesische Währung stabilisiert werden soll. Zu diesem Zweck wird der Völkerbund eine Anleihe von 240 Millionen Goldmark bewilligen. Ferner bekommt auch Bulgarien nach einer Empfehlung, die die Finanzkommission an den Rat hat ergehen lassen, eine Völkerbundanleihe von 100 Millionen, die in Frankreich, England und Holland aufgelegt werden sollen.

Ein amerikanisches Finanzkonsortium hat — wie aus Madrid gemeldet wird — der spanischen Regierung ein Angebot gemacht, durch Intervention auf dem Devisenmarkt eine sofortige Stabilisierung des Pesetenkurses herbeizuführen. Die spanische Regierung hat jedoch abgelehnt, da sie keine überhörschte Maßnahme wünscht. Die Stabilisierung soll nur ganz allmählich und langsam erfolgen.

Spanien und der Völkerbund

W. W. Paris, 7. März. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Genf will erfahren haben, daß Briand im Namen des Völkerbunds die spanische Regierung, die auf den Statuten des Völkerbundes im Monat September endgültig aus dem Völkerbund ausscheiden müßte, erlösen werde, ihre Rücktrittsangelegenheit zurückzuführen. Es wäre bedauerlich, so werde er erklären, wenn sie auch jetzt noch, nachdem die Verhandlungen über das Langerstatut zum Abschluß gekommen seien, auf ihrem Standpunkt beharren wollte.

* Vom Völkerbund und von Mussolini

Wieder einmal ist der Völkerbundsrat zu einer Tagung in Genf zusammengekommen. Besonderes Interesse wird ihr im allgemeinen nicht entgegengebracht, zumal man sich sagt, daß der Drei, den Frankreich und die Kleine Entente wegen der ungarischen Waffenschmuggelaffäre angerührt haben, nicht so heiß geessen werden wird. Man arbeitet an einem Kompromiß. Denn es ist ja ganz selbstverständlich, daß der Völkerbundsrat wegen jener an sich so eigentlich recht geringfügigen Angelegenheit kein Untersuchungsverfahren einleiten kann. Das hieße, mit Kanonen nach Späßen schießen.

Dem französischen Rationalismus wäre es ja sehr erwünscht, eine Investigation im Völkerbundsrat durchzuführen. Nicht etwa, um Ungarn am Parte zu zupfen, sondern um einen Präzedenzfall zu schaffen, der dann im gegebenen Falle in einer für das französische Gefühl recht wohlthuenden Weise auch auf Deutschland angewendet werden könnte. Aber die Mehrheit des Völkerbundsrats wird wohl klug genug sein, um das Gefährliche jenes Treibens zu durchschauen. Und so wird man sich wahrscheinlich mit der Annahme und der Durchführung eines Kompromißvorschlages begnügen, der den Ungarn nicht allzu wehe tut und das Grollen des französischen Rationalismus und der Kleinen Entente einigermaßen beschwichtigt.

In den nichtöffentlichen Besprechungen, die gelegentlich einer solchen Völkerbundsratstagung stattfinden und manchmal viel wichtiger sind als die öffentlichen Sitzungen, werden auch diesmal verschiedene Probleme erörtert werden, die für eine ruhige Weiterentwicklung der europäischen und der Weltpolitik von Bedeutung sind. Wenn französische Blätter berichten, daß Stresemann Briand gegenüber erklärt habe, er werde in der Junitagung die deutschen Forderungen hinsichtlich der Rheinlandräumung zur Sprache bringen, dann ersieht man aus einer solchen Meldung am besten, wie bedeutsam die vertraulichen Besprechungen in Genf sind. Wann die nächste Tagung stattfinden wird, ist übrigens noch nicht genau zu sagen. England hat bekanntlich den Antrag gestellt, die Zahl der Ratstagungen im Jahr von 4 auf 3 herabzusetzen. Wird dieser Antrag angenommen, so wird womöglich eine Verschiebung des Termins der nächsten Tagung erfolgen.

Inzwischen hat der Sicherheitsausschuß die vom Redaktionskomitee zur Entschließung vorgelegten Anträge angenommen. Diese Resolutionen werden von der nächsten Vollversammlung des Völkerbunds endgültig erledigt werden müssen. Der Wortlaut der Resolutionen ist für Deutschland nicht weiter beunruhigend. Die Tatsache, daß ganz allgemein regionale Sicherheitsverträge als praktisches Mittel zur Verhütung von Konflikten empfohlen werden, ist für uns nicht bedenklich. Denn es bleibt nachwievor uns selbst überlassen, darüber zu entscheiden, ob und wo wir uns an solchen regionalen Sicherheitsverträgen beteiligen wollen oder nicht. Locarno war uns eine willkommene Gelegenheit, unsern ehrlichen Friedenswillen zu dokumentieren und Frankreich zu beruhigen. Ein sogenanntes Ostlocarno aber ist mit den Grundzügen der deutschen Politik nicht vereinbar; es müßte denn sein, daß ein solches Ostlocarno auf der Basis einer Revision des Friedensvertrages von Versailles, soweit er sich auf die Obergrenzen bezieht, zustande kommt.

Derartige Revisionen rein territorialer Art erweckern sich ja mit jedem Tage mehr und mehr als eine politische und moralische Notwendigkeit. Der Friedensvertrag hat in dieser Hinsicht ganz ungeheuerliche Zustände geschaffen. Und man braucht sich nicht zu wundern, wenn die unterdrückten Minoritäten aufbegehren. Es gibt eine ganze Reihe solcher offenen Wunden am politischen Körper Europas. Und Südtirol zählt in ganz besonderem Maße dazu.

Die Sympathie eines jeden Deutschen ist auf Seiten der von der italienischen Regierung unterdrückten und gepeinigten Südtiroler Deutschen. Und für Deutsch-Osterreich gilt das in noch stärkerem Maße. In diesem Punkte gibt es keinen Unterschied der Partei. Haben doch die Tiroler Sozialdemokraten dieser Tage in Innsbruck eine Massenkundgebung veranstaltet, in welcher man mit

Mit der Beilage: 18. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Kurze Nachrichten aus Baden

Wid. Mannheim, 6. März. Gestern starb an den Folgen einer Operation...

Wid. Bühl, 3. März. Gestern wurde der Plan für das Denkmal der 143er Gefallenen endgültig festgelegt...

Wid. Singen a. S., 1. März. Unter der Firma Pacan G. m. b. H. ist hier eine Autowerkzeugfabrik gegründet worden...

Donauessingen, 5. März. In Bad Schlangenbad, wo er seit einigen Tagen Kurdirektor war, starb am 27. Februar im 62. Lebensjahre...

Wid. Gündlingen (Freiburg), 6. März. Am 4. März fand hier die Gründung des 'Ratssaarbauvereins Gündlingen' statt...

Wid. Freiburg i. Br., 6. März. Im Alter von 72 Jahren ist der in Freiburg und Umgebung gut bekannte Architekt Josef Hub verstorben...

Wid. Müllheim, 5. März. Am 21. März findet hier der Städtische Weinmarkt statt. Trotz des geringen Herbstsertrages...

Wid. Überlingen, 2. März. Dieser Tage starb im Alter von nahezu 80 Jahren der praktische Arzt Hr. Rosknecht...

Staubbindemittel Lydtinol, E'

das straßenverbessernde, dem Sprengwasser zuzusetzende Staubbekämpfungsmittel

KALTASPHALT

die sechzigprozentige reine Bitumen-Emulsion für Straßenbehandlung

Nach den von keinem Auslandspatent abhängigen Verfahren von Dr. Lydtin, Karlsruhe, hergestellt

Von hervorragenden Fachleuten glänzend begutachtet 161 Alleinhersteller:

ZELLER & GMELIN

Eisingen Fils (Württemberg)

Polizeidienerstelle

Dahier ist auf 1. April d. J. eine Polizeidienerstelle neu zu besetzen. Probezeit 6 Monate...

Die Stelle ist den Versorgungsämtern vorbehalten. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild...

Personliche Vorstellung nicht gewünscht. Schriesheim Amt Mannheim, 29. Februar 1928.

1. Volkswohl-Lotterie

Ziehung 15. und 16. Februar 1928.

Von rüb. Lotterie, von der das für Baden genehmigte Losquantum dem bad. Lotterieverwalter Schriener in Forstheim übertragen wurde...

10 RM Nr. 712334 477, 713460, 731896, 732034. 5 RM Nr. 386641, 493700, 588011, 591995, 592607...

Jede mit Gewinn gezogene Nummer erhält in beiden Abteilungen (A und B) einen Gewinn in gleicher Höhe.

Rittergüter

und kleinere Güter mit besten und mittleren Bodenklassen haben wir auftrags- sehr preiswert zu verkaufen...

Detektiv

auskunft Argus Mannheim O 6, 6 Planken Lokations-Nr. 35505 R. Maler & Co., G. m. b. H.

7% Badische Kommunal-Goldanleihe von 1926

Die am 1. Juni 1928 fällige Tilgung wird durch Rücklauf erfolgen. Auslösung von Stücken findet nicht statt.

M. 677, Karlsruhe

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Th. Zenter in Karlsruhe, Kaiserstr. 61, wurde nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs vom 17. Febr. 1928...

Nadelangholz - Verkauf

Freihändler Forstamt Bonnborn, Donnerstag, 22. März 1928, vorm. 10 1/2 Uhr 4088 Festmeter.

Nadelrundholz - Verkauf

Freihändler Forstamt Stodach am Donnerstag, den 15. März d. J. rund 1600 fm Nadelangholz...

Straßenbauarbeiten

Kamens der Gemeinde Hof vergibt das Wasser- und Straßenbauamt Vertrag auf dem Wege des öffentlichen Wettbewerbs die Straßenbauarbeiten zur Verbesserung des Gemeindegewegs Wembach-Gof...

Badische Bank

Table with columns: Aktiva, Passiva, Bilanz auf 31. Dezember 1927, Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1927. Includes sub-headers like Kassenbestand, Grundkapital, Steuern, etc.

Die Dividende für das Jahr 1927 wurde in der heutigen Generalversammlung auf 10% = 10 RM für die Stammaktie von 100 RM...

Der Vorstand der Badischen Bank

Bezirksparkasse Reichenau

Bilanz per 31. Dezember 1927

Table with columns: Vermögen, Schulden, Gewinn- und Verlustrechnung. Includes sub-headers like Kassenbestand, Spareinlagen, Zinsen, etc.

Reichenau, den 28. Februar 1928. Der Vorsitzende: Stengeler, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Sauter, Rechner.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 8. März 1928. 7. u. 8. Uhr. (Donnerstagmiete)

Illion

von Molnar. In Szene gesetzt von Felix Baumbach. Illion, Letzgeb, Julie, Bertram, Marie, Rademacher, Frau Muscat, Ermarth, Luise, Quatser, Frau Hollunder, Frauendorfer, Brand, Hollunder, Graf, Reifeld, Kloebe, Drechsler, Gemmede, Linzmann, Schulze, Stadthauptmann, Herz, Vertovics, Schneider, Polizeikommissar, Höder, Schumann, Meßner, Vertittene, Politisten, Krüner, Ruhne, Politist, von der Trend, Detektive, Krüter, Ruhne, Arzt, Rienscher, Dr. Reich, von der Trend, Käbar, Müller, Anfang 19 1/2, Ende nach 23, I. Rang und I. Sperrsitze 5 RM.